

BVDW begrüßt Home-Office-Forderung der SPD: „Möglichkeiten der Digitalisierung nutzen“

Berlin, 8. Februar 2019 – In einem Konzeptpapier für eine Arbeitsmarktreform spricht sich die SPD unter anderem für ein gesetzlich geregeltes Recht auf Home Office und mobiles Arbeiten aus. Der Bundesverband Digitale Wirtschaft (BVDW) e.V. sieht in dieser Forderung einen wichtigen Schritt in der digitalen Transformation des Arbeitsmarktes in Deutschland, fordert darüber hinaus aber auch weitere Anpassungen an die sich verändernden Gegebenheiten in der Arbeitswelt.

Bereits 2017 zeigte eine [BVDW-Studie](#), für die Angestellte aus der Digitalen Wirtschaft befragt wurden: Drei Viertel der Arbeitgeber bieten ihren Mitarbeitern bereits die Möglichkeit, von zuhause aus zu arbeiten. Allerdings ist das nur in jedem vierten Fall (24 Prozent) auch arbeitsvertraglich geregelt. Dabei sind die technischen Voraussetzungen in 95 Prozent der Unternehmen gegeben. „Das lässt viel Raum für rechtliche Unsicherheiten“, sagt **Harald R. Fortmann** (five14), Vorsitzender des BVDW-Ressorts Arbeitswelt der Zukunft. „Die Art zu arbeiten, hat sich in den vergangenen Jahren grundlegend verändert. Dass der Präsenzwang in den Jobprofilen, in denen ortsunabhängiges Arbeiten möglich wäre, inzwischen antiquiert wirkt, ist größtenteils auf die digitale Transformation zurückzuführen.“ Das zeige auch der hohe Home-Office-Anteil in der Digitalbranche – auf diese allein dürfe sich die Flexibilisierung von Arbeitsort und -zeit aber nicht länger beschränken. Das niederländische Modell könnte, so der BVDW-Experte, hier ein Vorbild sein: Dort gilt die Beweislastumkehr – ein Arbeitgeber muss nachweisen, dass wichtige Gründe gegen das Arbeiten von Zuhause sprechen. Ansonsten gilt auch hier das Recht auf Home Office.

„Der Ansatz, hier eine gesetzliche Grundlage zu schaffen, ist ein wichtiger Schritt, damit wir auch im Arbeitsmarkt die Möglichkeiten nutzen, die uns die Digitalisierung bietet“, erklärt Fortmann. Für einen wirklichen Paradigmenwechsel müsse eine Reform der Arbeitsmarktgesetze aber noch weiter gehen. „Es wäre noch zu kurz gedacht, wenn wir hier nur die rechtliche Grundlage für ortsunabhängiges Arbeiten schaffen. Diese Reform muss im Einklang mit dem Wunsch nach einer Work-Life-Integration der Arbeitnehmer unter Berücksichtigung der Belange der Arbeitgeber erfolgen“, so Fortmann. Das betreffe etwa auch das Abschaffen der 40-Stunden-Woche zu Gunsten einer Jahresarbeitszeit – analog zur Reform in der Schweiz. Ein Recht auf Home Office müsse aber auch einhergehen mit einer Lockerung der Verantwortung der Arbeitgeber für die Einhaltung der sicherheitstechnischen und ergonomischen Standards im Home Office.

Kontakt:

Bundesverband Digitale Wirtschaft (BVDW) e.V.
Schumannstraße 2, 10117 Berlin
www.bvdw.org

Ansprechpartner für Medien:

Daniel Borchers, Pressesprecher Marketing und Handel
Tel: +49 30 2062186-21
borchers@bvdw.org

Tim Sausen, Pressesprecher Wirtschaft und Politik
Tel: +49 160 3599882
sausen@bvdw.org

Über den BVDW

Der Bundesverband Digitale Wirtschaft (BVDW) e.V. ist die Interessenvertretung für Unternehmen, die digitale Geschäftsmodelle betreiben oder deren Wertschöpfung auf dem Einsatz digitaler Technologien beruht. Als Impulsgeber, Wegweiser und Beschleuniger digitaler Geschäftsmodelle vertritt der BVDW die Interessen der Digitalen Wirtschaft gegenüber Politik und Gesellschaft und setzt sich für die Schaffung von Markttransparenz und innovationsfreundlichen Rahmenbedingungen ein. Sein Netzwerk von Experten liefert mit Zahlen, Daten und Fakten Orientierung zu einem zentralen Zukunftsfeld. Neben der DMEXCO und dem Deutschen Digital Award richtet der BVDW eine Vielzahl von Fachveranstaltungen aus. Mit Mitgliedern aus verschiedensten Branchen ist der BVDW die Stimme der Digitalen Wirtschaft.